

Antrag Nummer: 01

Antragssteller: Kreisverband Braunschweig

Thema: Außenpolitische Verantwortung wahrnehmen

Votum der Antragskommission:

Der 66. Landesverbandstag der Jungen Union Landesverband Braunschweig möge beschließen:

Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert angesichts der erstarkenden Demokratiebewegungen in der arabischen Welt, dass die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft gerecht wird, indem sie sich erneut zur internationalen Gültigkeit von Menschenrechten bekennt und die Reformbestrebungen mit allen Möglichkeiten unterstützt.

Insbesondere soll die Bundesregierung nach der diplomatischen Aufwertung der Aufständischen in Libyen nun auch Kontakt mit syrischen und jemenitischen Oppositionsgruppen herstellen – solange das Bestreben auf Demokratie deren Antrieb ist. Auch künftige Bewegungen gegen Diktaturen sollen von Anfang an offen unterstützt werden, sodass der Eindruck der Unentschlossenheit, wie sie insbesondere im Falle Libyen offensichtlich wurde, nicht erneut aufkommt. Das zögerliche Handeln Deutschlands in Bezug auf Libyen war für die dortige Demokratiebewegung nicht hilfreich und hat dem außenpolitischen Ansehen unseres Landes geschadet. Eine breite Solidarität mit der arabischen Bevölkerung ist für uns zum einen menschlich geboten, zum anderem von zentralem außenpolitischem Interesse. Unsere Solidarität muss sich dabei nicht zwangsläufig in kriegerischen Handlungen ausdrücken.

Entscheidend ist,

- a) dass die Bundesregierung deutlich macht, dass sie eindeutig auf der Seite der Demokratiebewegungen steht, und*
- b) militärische Eingriffe nur dann erfolgen, wenn die Demokratiebewegung und die sie tragende Bevölkerung in den jeweiligen Ländern die Staatengemeinschaft darum ersuchen.*

Begründung:

Mit großer Freude nehmen wir den Aufbruch in der arabischen Welt zur Kenntnis. Das Streben nach Menschenrechten, Demokratie und Freiheit, der Kampf gegen Korruption und Unterdrückung in Ländern wie Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien und dem Jemen verdient vollste politische Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft.

Die Bundesregierung hat die internationale Stärkung von Menschen- und Bürgerrechten als klares Ziel ihrer Außenpolitik ausgegeben, was wir sehr begrüßen. Zudem stellt die Bündnistreue zu unseren nordatlantischen Partnern, aus den historischen Erfahrungen unseres Landes motiviert, über die gesamte Nachkriegszeit die Grundlage außenpolitischen Handelns insbesondere unionsgeführter Regierungen dar.

Die Haltung der Bundesregierung in der Libyen-Intervention der Vereinten Nationen, zur Durchsetzung einer Flugverbotszone gem. der Resolution 1973 des UN Sicherheitsrates, stellt einen

Bruch mit beiden Prinzipien dar und löste international zu Recht Verwirrung aus. Einerseits wurde die Notwendigkeit der Intervention anerkannt, da die libysche Bevölkerung durch den Ruf nach Menschen- und Bürgerrechten in unmittelbare Lebensgefahr geraten ist. Andererseits wurde jedoch die formelle Zustimmung vor dem UN-Sicherheitsrat verweigert, um der Frage nach einer militärischen Beteiligung Deutschlands an der Intervention auszuweichen.

Eine solche Politik der Doppelmoral ist der Rolle Deutschlands als europäische Großmacht nicht angemessen und hat der außenpolitischen Glaubwürdigkeit unseres Landes geschadet. Erst durch den jüngsten Besuch in Libyen hat Außenminister Westerwelle nun im Namen Deutschlands endlich die Freiheitskämpfer anerkannt. Das hat viele unnötige Spannungen gelöst, die zwischen Deutschland und den Libyern - und vor allem zwischen der Bundesregierung und den zivilen Helfern in Deutschland - entstanden waren. Die Bundesregierung muss weiter auf diesen alten Kurs zurückkehren und Außenpolitik auch in Zukunft auf einer soliden Wertebasis betreiben.

Antrag Nummer: 02

Antragssteller: Kreisverband Braunschweig

Thema: Keine Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt!

Votum der Antragskommission:

Der 66. Landesverbandstag der Jungen Union Landesverband Braunschweig möge beschließen:

Wir fordern die Bundesregierung eindringlich dazu auf, von den Plänen für Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt abzurücken. Die so im Etat des Bundeshaushaltes weiterhin enthaltenen Erträge sollen dann zur weiteren Senkung des Haushaltsdefizites eingesetzt werden.

Begründung:

Inzwischen haben weite Teile der Politik sowie des öffentlichen Lebens erkannt, dass es eine Versündigung an nachfolgenden Generationen ist, wenn man diesen einen nicht überschaubaren Schuldenberg hinterlässt. Auf Grund dieser Einsicht wurde die Schuldenbremse in unserem Grundgesetz verankert. Wenn nun aber in Zeiten einer sich erholenden Konjunktur und damit verbundenen steigenden Steuereinnahmen innerhalb der Bundesregierung sofort von Steuersenkungen gesprochen wird, ist das, wie Umfragen zeigen, der Mehrheit der Deutschen nicht zu vermitteln. Es ist sogar das Gegenteil der Fall: während weite Teile der SPD einst gegen die Einführung der Schuldenbremse waren, schwingt sich Sigmar Gabriel nun zum Hüter der Verfassung auf. Dabei führen die steigenden Steuereinnahmen lediglich zu einem Absinken des Defizits im Bundeshaushalt, ein Überschuss bliebe auch ohne Steuersenkungen in weiter Ferne. Es müssen daher alle Bemühungen darauf verwendet werden, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen. Steuersenkungen haben zum jetzigen Zeitpunkt darin keinen Platz.

Weiteres ggf. mündlich.